



**Kanton Zürich
Steueramt**

Wegleitung zur Steuererklärung 2024

**für Kapitalgesellschaften
und Genossenschaften**



Inhalt

Allgemeine Hinweise	3
Besondere Verhältnisse	4
Angaben zur Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft	6
Übergang von der Besteuerung als Holding-, Domizil- oder gemischte Gesellschaft zur ordentlichen Besteuerung (Statuswechsel)	6
Verrechnungssteuer und ausländische Quellensteuern	6
Zu A. Reingewinn	7
Allgemeines	7
Steuererklärung	7
Zu B. Gewinnverwendung	12
Zu C. Eigenkapital	13
Allgemeines	13
Steuererklärung	13
Zu D. Weitere Angaben	14
Beilagen	14
Folgen der Nichteinreichung einer Steuererklärung	15
Straffolgen bei Widerhandlungen	15
Berechnung der Gewinn- und Kapitalsteuer	15
Weitere Informationen und Auskünfte	15



Unsere Adresse

Sie finden uns an folgender Adresse:
Kantonales Steueramt Zürich
Bändliweg 21
Zürich-Altstetten

Kontaktformular unter www.zh.ch/steuern

Postanschrift:
Kanton Zürich
Steueramt
Bändliweg 21
Postfach
8090 Zürich

Allgemeine Hinweise

Die vorliegende Wegleitung für Kapitalgesellschaften und Genossenschaften soll Ihnen das Ausfüllen der Steuererklärung erleichtern. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.zh.ch/steuern (Unternehmen).

Die für die Staatssteuer und die direkte Bundessteuer geltende jährliche Veranlagung mit Gegenwartsbemessung zeichnet sich für Kapitalgesellschaften und Genossenschaften dadurch aus, dass sowohl die Steuerperiode als auch die Bemessungsperiode mit dem Geschäftsjahr übereinstimmen. Mit anderen Worten richten sich Beginn, Ende und Dauer von Steuer- und Bemessungsperiode nach dem Geschäftsjahr der Unternehmung. So kann je nach Geschäftsjahr eines Unternehmens die Steuer- und Bemessungsperiode mit dem Kalenderjahr zusammenfallen, in zeitlicher Hinsicht verschoben oder in besonderen Fällen auch unter- oder überjährig sein. Besteuert wird immer das effektive in diesem Zeitraum erzielte Ergebnis. **Zu beachten ist, dass aufgrund gesetzlicher Vorschrift in jedem Kalenderjahr, ausgenommen im Gründungsjahr, zwingend ein Geschäftsabschluss mit Bilanz und Erfolgsrechnung erstellt und eine Steuererklärung eingereicht werden muss.** Rein steuerlich bedingte Verlegungen des Bilanzstichtags sind unzulässig.

Das Rechnungslegungsrecht knüpft grundsätzlich nicht an die Rechtsform des Unternehmens, sondern an dessen wirtschaftliche Bedeutung an. Die allgemeinen Vorschriften des Rechnungslegungsrechts entsprechen der Buchführung und Rechnungslegung eines gut geführten KMU. Weitergehende Bestimmungen gelten für Unternehmen, die der ordentlichen Revision unterliegen.

Grundlage für die steuerliche Gewinnermittlung bildet die nach den Bestimmungen des Obligationenrechts (Art. 957 ff. OR) erstellte Jahresrechnung. Dabei ist insbesondere zu beachten, dass die Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung (Art. 957a OR) sowie die Grundsätze ordnungsmässiger Rechnungslegung (Art. 958c OR) eingehalten werden müssen und dass für die Bilanz (Art. 959a OR) und die Erfolgsrechnung (Art. 959b OR) Mindestgliederungsvorschriften bestehen. Zudem haben juristische Personen einen Anhang (Art. 959c OR) und, sofern sie von Gesetzes wegen zu einer ordentlichen Revision verpflichtet sind, eine Geldflussrechnung zu erstellen. Mit der Steuererklärung ist die von der General- bzw. Gesellschafterversammlung verabschiedete und unterzeichnete Jahresrechnung (inklusive Anhang) einzureichen. Wird die Jahresrechnung in einer ausländischen Währung geführt, so sind die in der Steuererklärung und allfälligen ergänzenden Formularen zu deklarierenden Positionen in Franken umzurechnen. Massgeblich für die Umrechnung von Erträgen und Aufwendungen ist der durchschnittliche Devisenkurs (Verkauf) der Steuerperiode. Die Eigenkapitalpositionen sind zum Devisenkurs am Ende der Steuerperiode umzurechnen (Stichtagsprinzip). Auf weitere ergänzende Formulare, die der Steuererklärung beizulegen sind, wird in der Wegleitung hingewiesen.

Das Steuerklärungsverfahren wird nach Ablauf der Geschäfts- und Steuerperiode durchgeführt. Die Steuererklärung 2024 für die im Kalenderjahr 2024 endende Steuerperiode ist deshalb im Kalenderjahr 2025 einzureichen.

Das Steuerklärungsverfahren 2024 für die Staats- und Gemeindesteuern sowie die direkte Bundessteuer obliegt dem kantonalen Steueramt. Wie auf der ersten Seite der Steuerklärung vermerkt, ist die Steuerklärung 2024 an die folgende Adresse zu senden: Kanton Zürich, Finanzdirektion, Steueramt, Register, Bändliweg 21, 8090 Zürich.

Unter der gleichen Adresse oder unter www.zh.ch/steuern (Unternehmen/Steuerklärung) sind auch fehlende Formulare oder allfällig benötigte Merkblätter und Weisungen erhältlich.

Es können auch mit dem PC erstellte Steuerformulare eingereicht werden. Richtlinien über die Mindestanforderungen für PC-Steuerformulare sowie die unverzichtbaren amtlichen Steuerformulare sind im «Merkblatt des kantonalen Steueramtes zur Erstellung der Steuerklärung mit elektronischen Hilfsmitteln (PC)» enthalten (ZStB 109c.3). Bitte reichen Sie stets das Originalformular ausgefüllt oder als (leere) Beilage zu Ihrer elektronisch erstellten Steuerklärung ein.

Die Frist zur Abgabe der Steuerklärung ist auf der Vorderseite des Steuerklärungsformulars aufgeführt. Kann aus wichtigen Gründen ausnahmsweise die Frist nicht eingehalten werden, so ist vor Ablauf dieser Frist ein Fristerstreckungsgesuch via Online-Schalter auf www.zh.ch/steuern oder unter der Telefonnummer 043 259 50 10 zu stellen. Arbeitsüberlastung oder fehlende Unterlagen gelten nicht als wichtige Gründe. Auf verspätet eingereichte Gesuche kann nicht eingetreten werden.

Fristerstreckungsentscheide des Sitzkantons gelten auch für den Kanton Zürich, sofern der Fristerstreckungsentscheid dem Kantonalen Steueramt Zürich vor Ablauf der Frist mitgeteilt wird.

Besondere Verhältnisse

Gründung im Kalenderjahr 2023 oder 2024	<p>Im Kalenderjahr 2023 gegründete Kapitalgesellschaften oder Genossenschaften, die das erste Geschäftsjahr im Kalenderjahr 2024 abschliessen, haben im Kalenderjahr 2025 eine Steuererklärung 2024 für die Steuerperiode vom Beginn der Steuerpflicht (Datum des Handelsregistereintrags) bis zum Ende des Geschäftsjahres einzureichen. Wurde das erste Geschäftsjahr noch im Kalenderjahr 2023 abgeschlossen, hatte die Deklaration bereits mit der Steuererklärung 2023 zu erfolgen (vgl. dazu Wegleitung zur Steuererklärung 2023).</p> <p>Bei Gründung im Kalenderjahr 2024 muss im Kalenderjahr 2025 eine vollständig ausgefüllte Steuererklärung 2024 eingereicht werden, sofern das erste Geschäftsjahr spätestens am 31.12.2024 endet. Wird das erste Geschäftsjahr erst im Laufe des Kalenderjahres 2025 abgeschlossen, ist das Ergebnis der ersten Geschäftsperiode erst mit der Steuererklärung 2025 im Jahre 2026 zu deklarieren. In diesem Fall ist die Steuererklärung 2024 leer einzureichen und ein Hinweis auf das geplante Abschlussdatum der ersten Geschäfts- und Steuerperiode im Kalenderjahr 2025 anzubringen. Neu gegründete Kapitalgesellschaften oder Genossenschaften haben der ersten Steuererklärung zudem die Eröffnungsbilanz und allfällige Vorbescheide der Steuerbehörden beizulegen.</p>
Steuerklärungspflicht bei gleichzeitiger Steuerpflicht in mehreren Kantonen	<p>Bei gleichzeitiger Steuerpflicht in mehreren Kantonen hat die steuerpflichtige juristische Person gestützt auf das Bundesrecht nur noch die Steuererklärung des Hauptsteuerdomizils bzw. des Kantons auszufüllen, in dem sie am Ende der Steuerperiode ihren Sitz hat. Im Kanton des Nebensteuerdomizils (Zürich) ist eine Kopie der Steuererklärung des Hauptsteuerdomizils inklusive sämtlicher Beilagen zusammen mit der leeren vorbeschrifteten Steuererklärung des Kantons Zürich sowie der ausgefüllten Beilage «Steuerausscheidung für juristische Personen» einzureichen.</p>
Juristische Personen mit Sitz im Ausland	<p>Die Steuerklärungspflicht im Kanton Zürich ist durch Einreichung der vollständig ausgefüllten und unterzeichneten zürcherischen Steuererklärung (bei einer Betriebsstätte und/oder Liegenschaft zusammen mit dem Formular «Steuerausscheidung für juristische Personen») zu erfüllen. Für die Liegenschaften oder Betriebsstätten im Kanton sind die notwendigen Unterlagen beizulegen. Neben den Staats- und Gemeindesteuern wird auch die direkte Bundessteuer veranlagt.</p>
Steuerausscheidung	<p>Die Steuerausscheidung erfolgt von Amtes wegen, soweit sie nicht schon durch das steuerpflichtige Unternehmen vorgenommen wurde.</p>
Zuzug aus einem anderen Kanton im Kalenderjahr 2024	<p>Artikel 22 Absatz 1 des Bundesgesetzes über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (StHG) weist dem Sitzkanton der juristischen Person am Ende der Steuerperiode die Zuständigkeit für die Veranlagung der ganzen Steuerperiode zu. Die Zuständigkeitsregeln für die Veranlagung der direkten Steuern des Bundes und der Kantone stimmen also überein. Somit ist sowohl für die Staatssteuer als auch für die direkte Bundessteuer der Reingewinn der gesamten Steuerperiode seit dem letzten Geschäftsabschluss zu deklarieren, und zwar je nach dem, ob das Geschäftsjahr im Kalenderjahr 2024 oder 2025 abgeschlossen wird, entweder in der Steuererklärung 2024 oder 2025. Bei Beendigung des Geschäftsjahres im Laufe des Kalenderjahres 2025 hat die Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft in der Steuererklärung 2024 darauf hinzuweisen, dass das Geschäftsjahr erst im Jahr 2025 endet. Der steuerbare Reingewinn und das steuerbare Eigenkapital wird für die Staatssteuer in sinnvoller Anwendung der Grundsätze des Bundesrechts über das Verbot der interkantonalen Doppelbesteuerung entsprechend der Dauer der Zugehörigkeit zwischen dem Kanton des bisherigen und des neuen Sitzes aufgeteilt.</p> <p>Detaillierte Erläuterungen zur Berechnung des steuerbaren Reingewinnes sowie des steuerbaren Eigenkapitals mit entsprechenden Beispielen sind in der «Weisung des kantonalen Steueramtes betreffend Änderung der Besteuerungsgrundlagen von juristischen Personen während der Steuerperiode im interkantonalen Verhältnis» vom 8. April 2002 (ZStB 59.1) enthalten.</p>
Zuzug aus dem Ausland im Kalenderjahr 2024	<p>Für die Staatssteuer und die direkte Bundessteuer ist der Reingewinn ab Beginn der Steuerpflicht im Kanton Zürich bis zum Ende des ersten Geschäftsjahres seit Zuzug zu deklarieren, und zwar je nach dem, ob das Geschäftsjahr im Kalenderjahr 2024 oder im Kalenderjahr 2025 endet, in der Steuererklärung 2024 oder 2025. Bei Beendigung des Geschäftsjahres im Laufe des Kalenderjahres 2025 hat die Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft in der Steuererklärung 2024 darauf hinzuweisen, dass das Geschäftsjahr erst im Kalenderjahr 2025 endet. Werden bei Beginn der Steuerpflicht stille Reserven einschliesslich des selbst geschaffenen Mehrwerts aufgedeckt, unterliegen diese nicht der Gewinnsteuer. Nicht aufgedeckt werden dürfen stille Reserven auf Beteiligungen von mindestens 10 Prozent am Grund- oder Stammkapital oder am Gewinn und an den Reserven einer anderen Gesellschaft. Als Beginn der Steuerpflicht gelten nebst der Sitzverlegung auch die Verlegung von Vermögenswerten, Betrieben, Teilbetrieben oder Funktionen aus dem Ausland in einen inländischen Geschäftsbetrieb oder in eine inländische Betriebsstätte.</p>

Für die Staatssteuern und die direkte Bundessteuer ist für die im Kalenderjahr 2024 endende Geschäfts- und Steuerperiode im Kalenderjahr 2025 eine vollständig ausgefüllte Steuererklärung 2024 abzugeben, sofern sich der Sitz der Gesellschaft per Ende des betreffenden Geschäftsjahres noch im Kanton Zürich befindet.

Wegzug in einen anderen Kanton im Kalenderjahr 2024

Für die Geschäfts- und Steuerperiode, die erst nach dem Wegzug in einen anderen Kanton endet, ist im neuen Sitzkanton eine Steuererklärung einzureichen. Im Kanton Zürich ist in diesem Fall aber eine Kopie der im Sitzkanton abgegebenen Steuererklärung inklusive sämtlicher Beilagen, zusammen mit der leeren vorbeschrifteten Steuererklärung des Kantons Zürich, einzureichen. Wenn die Geschäftsperiode 2024 nach dem Wegzug endet, betrifft dies die Steuererklärung 2024; wenn jedoch der Wegzug erst im Laufe der Geschäftsperiode erfolgt, die im Jahr 2025 endet, ist im Kanton Zürich auch noch eine Kopie der im neuen Kanton abgegebenen Steuererklärung 2025 inklusive sämtlicher Beilagen einzureichen.

Dem Kanton Zürich ist eine Kopie der Steuererklärung inklusive sämtlicher Beilagen des Sitzkantons am Ende der Steuerperiode, zusammen mit der leeren vorbeschrifteten Steuererklärung des Kantons Zürich, einzureichen. Diese ist auch bei Aufgabe eines Nebensteuerdomizils erst nach Ablauf der Steuerperiode bzw. im auf die Steuerperiode folgenden Kalenderjahr einzureichen, d.h. je nach dem, ob die Steuerperiode im Kalenderjahr 2024 oder 2025 endet, im Jahr 2025 oder im Jahr 2026. Auch in diesen Fällen ist bei der Ermittlung der auf den Kanton Zürich entfallenden Gewinn- und Kapitalanteile stets von den Verhältnissen während der ganzen Steuerperiode auszugehen.

Erwerb oder Aufgabe eines Nebensteuerdomizils im Kanton Zürich durch eine juristische Person mit Sitz in einem anderen Kanton im Kalenderjahr 2024

Besitzt die steuerpflichtige juristische Person in zwei oder mehreren zürcherischen Gemeinden steuerbare Werte, ist jene zürcherische Gemeinde Einschätzungsgemeinde, in welcher sich am Ende einer Steuerperiode das grösste Steuersubstrat befindet.

Endet die Steuerpflicht infolge Verlegung des Sitzes, der Verwaltung, von Vermögenswerten, Betrieben, Teilbetrieben oder Funktionen ins Ausland im Kalenderjahr 2024, ist eine gemeinsame Steuererklärung 2024 für die Staats- und Gemeindesteuern und die direkte Bundessteuer einzureichen.

Wegzug ins Ausland im Kalenderjahr 2024

Liegt bereits ein Abschluss auf einen früheren Zeitpunkt im Kalenderjahr 2024 vor, muss ein weiterer Geschäftsabschluss bis zum Zeitpunkt des Wegzuges ins Ausland erstellt werden. Die Steuerperiode für die Steuererklärung 2024 umfasst in diesem Fall das abgeschlossene Geschäftsjahr und den Zeitraum ab Beginn des zweiten Geschäftsjahres im Kalenderjahr des Wegzugs bis zur Beendigung der Steuerpflicht.

Die aus nicht versteuertem Gewinn gebildeten stillen Reserven werden zusammen mit dem Reingewinn des letzten Geschäftsjahres besteuert (vgl. dazu Erläuterungen zu Ziff. 2.2.4).

Bei Beendigung der Steuerpflicht im Geschäftsjahr, das im Kalenderjahr 2024 endet, ist für den Zeitraum ab Beginn des betreffenden Geschäftsjahres bis zur Beendigung der Steuerpflicht für die Staats- und Gemeindesteuern und für die direkte Bundessteuer eine gemeinsame Steuererklärung 2024 einzureichen. Wurde das betreffende Geschäftsjahr bereits vor Beendigung der Liquidation abgeschlossen, umfasst die für die Steuererklärung 2024 massgebende Steuerperiode auch den Zeitraum bis zur Beendigung der Steuerpflicht.

Abschluss der Liquidation im Kalenderjahr 2024

Die aus nicht versteuertem Gewinn gebildeten und im letzten Geschäftsabschluss nicht erfolgswirksam aufgelösten stillen Reserven werden zusammen mit dem Reingewinn des letzten Geschäftsjahres besteuert (vgl. dazu Erläuterungen zu Ziff. 2.2.4).

Umstrukturierungen, welche rückwirkend auf einen bestimmten Zeitpunkt erfolgt sind, werden steuerlich weiterhin anerkannt, wenn zwischen dem gewählten Stichtag und dem Eintrag ins Handelsregister (resp. bei Fusionen der zweiten den Fusionsbeschluss fassenden General- oder Genossenschafterversammlung) nicht mehr als sechs Monate vergehen und für die betroffenen Gesellschaften auf das steuerlich massgebende Umstrukturierungsdatum Abschlüsse erstellt werden. In diesem Fall werden den umstrukturierten Kapitalgesellschaften oder Genossenschaften die Steuerfaktoren grundsätzlich nach Massgabe des gewählten Stichtages zugeordnet. Das Kreisschreiben Nr. 5a der ESTV vom 1.2.2022 betreffend Umstrukturierungen kommt sinngemäss auch bei der Einschätzung der Staats- und Gemeindesteuern zur Anwendung.

Umstrukturierungen im Kalenderjahr 2024

Zu A. Reingewinn

Allgemeines

Der Gewinnsteuer unterliegt grundsätzlich der gesamte Reingewinn gemäss handelsrechtskonformer und von der Generalversammlung der Aktionäre resp. der Gesellschafterversammlung genehmigter Erfolgsrechnung. Davon ausgenommen sind bei der Staatssteuer Gewinne aus dem Verkauf oder der Aufwertung von Liegenschaften, soweit der Veräusserungserlös den Anlagewert übersteigt (vgl. Erläuterungen zu Ziff. 4.2.3). Die Steuergesetze enthalten jedoch Korrekturvorschriften (insbesondere in §§ 63 ff. StG und Art. 57 ff. DBG), denen durch Aufrechnungen und Abzüge unter den Ziff. 2 bis 4 der Steuererklärung Rechnung getragen werden muss.

Aufgrund des Prinzips der Massgeblichkeit der Handelsbilanz können in der Steuererklärung grundsätzlich keine Abzüge für nicht verbuchte und in der Jahresrechnung nicht ausgewiesene Aufwendungen wie beispielsweise zusätzliche Abschreibungen oder Rückstellungen geltend gemacht werden. Ebenso müssen sich die Kapitalgesellschaften und Genossenschaften auf einer erfolgswirksamen Verbuchung in der Handelsbilanz behaften lassen und dürfen diese nicht durch eine Korrektur in der Steuererklärung rückgängig machen, zum Beispiel mit der Begründung einer an sich steuerneutral zulässigen Ersatzbeschaffung. Die sich aus den Steuergesetzen ergebenden Ausnahmen sind nachfolgend näher erläutert.

Der Kanton Zürich hat das Bundesgesetz über die Steuerreform und AHV-Finanzierung vom 28. September 2018 (STAF) per 1. Januar 2020 umgesetzt. Entsprechend können ab der im Kalenderjahr 2020 endenden Steuerperiode 2020 der zusätzliche Abzug für Forschungs- und Entwicklungsaufwand, die Patentbox und der Abzug für Eigenfinanzierung geltend gemacht werden, welche in den separaten Merkblättern (Zusätzlicher Abzug für Forschungs- und Entwicklungsaufwand, Patentbox und Abzug für Eigenfinanzierung) detailliert erläutert werden. Diese Ermässigungen inklusive allfälliger Abschreibungen auf den steuerunwirksam aufgedeckten stillen Reserven einer ehemaligen Statusgesellschaft unterliegen der Entlastungsbegrenzung von 70% des steuerbaren Gewinns vor Verlustverrechnung unter Ausklammerung des Nettobeteiligungsertrags. Für die Geltendmachung einer oder mehrerer dieser Ermässigungen oder einer allfälligen Abschreibung auf den steuerunwirksam aufgedeckten stillen Reserven einer ehemaligen Statusgesellschaft sind das Beilageblatt «Hilfsblatt STAF» (Form. 541) sowie das bzw. die entsprechenden Beiblätter (Formular A: Zusätzlicher Abzug für Forschungs- und Entwicklungsaufwand, Form. 542; Formular B: Patentbox – patentbezogener bzw. produktbezogener Ansatz, Form. 543; Formular C: Abzug für Eigenfinanzierung, Form. 544; Formular D: Übergangsregelung besonderer Steuerstatus; Form. 545) vollständig ausgefüllt zusammen mit der Steuererklärung einzureichen. Diese Abzüge werden nicht von Amtes wegen gewährt.

Steuererklärung

Ziffer 1

Einzutragen ist der Reingewinn bzw. Verlust (nach Steuern) des im Kalenderjahr 2024 abgeschlossenen Geschäftsjahres gemäss Saldo der Erfolgsrechnung ohne Einbezug des Vortrages aus dem vorangegangenen Geschäftsjahr.

Ziffer 2.1.1

Der Steuererklärung ist das Formular «Aufstellung über Abschreibungen» (Form. 530) beizulegen, falls die entsprechenden Angaben nicht aus der Jahresrechnung hervorgehen. Bezüglich Abschreibungssätze ist auch für die Staatssteuer das von der Eidgenössischen Steuerverwaltung herausgegebene «Merkblatt A 1995 über Abschreibungen auf dem Anlagevermögen geschäftlicher Betriebe» zu beachten. Für laufend zu ersetzende, abnutzbare bewegliche Wirtschaftsgüter ist das System der Sofortabschreibung zulässig, bei welchem ein Aktivum sofort auf den Restwert von in der Regel 20 Prozent abgeschrieben wird. Dieses Verfahren kann unter der Voraussetzung angewendet werden, dass es über längere Zeit zum gleichen Ergebnis führt wie die Anwendung von festen Abschreibungssätzen.

Sind Kosten für die Anschaffung, Herstellung oder Wertvermehrung von Gegenständen des Anlagevermögens, z.B. für Neu- und Umbauten oder Anschaffung von Maschinen oder anderen Betriebseinrichtungen, handelsrechtlich nicht aktiviert, sondern direkt der Erfolgsrechnung belastet worden, müssen diese Belastungen nach Abzug der geschäftsmässig begründeten Abschreibungen und Wertberichtigungen steuerlich aufgerechnet werden.

Die Aufrechnung von geschäftsmässig nicht begründeten Abschreibungen oder direkt der Erfolgsrechnung belasteten Investitionen ist ausserdem als versteuerte stille Reserve beim Eigenkapital zu deklarieren (Ziff. 15).

Ziffer 2.1.2

Die Bildung von Rückstellungen muss aus der Jahresrechnung einzeln ersichtlich sein oder durch Beilage der «Aufstellung über Rückstellungen / Wertberichtigungen» (Form. 530)

A. Reingewinn		2024 (bis 31.12.2024)	2023
1	Reingewinn		
2	Aufwendungen		
2.1	2.1.1 Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.2 Abschreibungen auf Sachanlagen		
2.1	2.1.3 Abschreibungen auf Finanzanlagen		
2.1	2.1.4 Abschreibungen auf Wertpapiere		
2.1	2.1.5 Abschreibungen auf Beteiligungen		
2.1	2.1.6 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.7 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.8 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.9 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.10 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.11 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.12 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.13 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.14 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.15 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.16 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.17 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.18 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.19 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.20 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.21 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.22 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.23 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.24 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.25 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.26 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.27 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.28 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.29 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.30 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.31 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.32 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.33 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.34 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.35 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.36 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.37 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.38 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.39 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.40 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.41 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.42 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.43 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.44 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.45 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.46 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.47 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.48 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.49 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.50 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.51 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.52 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.53 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.54 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.55 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.56 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.57 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.58 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.59 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.60 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.61 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.62 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.63 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.64 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.65 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.66 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.67 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.68 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.69 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.70 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.71 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.72 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.73 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.74 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.75 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.76 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.77 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.78 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.79 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.80 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.81 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.82 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.83 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.84 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.85 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.86 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.87 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.88 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.89 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.90 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.91 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.92 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.93 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.94 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.95 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.96 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.97 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.98 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.99 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		
2.1	2.1.100 Abschreibungen auf langfristige Vermögensgegenstände		

dokumentiert werden. Über Bewertungskorrekturen auf den Vorräten ist durch Einreichung des Formulars «Auszug aus der Erfolgsrechnung / Angaben über die Bewertung der Vorräte» (Form. 531) Auskunft zu geben.

Als geschäftsmässig nicht begründete Rückstellungen gelten u.a. solche für zukünftige Aufwendungen, Investitionen oder Eigenversicherungen. Geschäftsmässig begründet ist hingegen eine verbuchte Rückstellung für Steuern auf dem Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres nach Abzug des provisorischen Steuerbezugs für diese Steuerperiode. In den Steuergesetzen ausdrücklich vorgesehen ist ferner die steuerwirksame Bildung einer Rücklage für künftige Forschungs- und Entwicklungsaufträge bis zu 10 Prozent des steuerbaren Reingewinnes, insgesamt jedoch höchstens bis zur Äufnung einer Rücklage von 1 Million Franken, wenn konkrete Projekte vorliegen und die Absicht besteht, die Aufträge an Dritte zu vergeben. Für die Ermittlung sei auf das «Merkblatt des kantonalen Steueramtes zur Berechnung der Rücklage für Forschungs- und Entwicklungsaufträge und der Rückstellung für Steuern» verwiesen (ZStB 27.1).

Im Umfang der Bildung von geschäftsmässig nicht begründeten Rückstellungen muss auch eine Aufrechnung als versteuerte stille Reserve beim Eigenkapital erfolgen (Ziff. 15).

Ziffer 2.1.3

Abschreibungen auf aufgewerteten Aktiven sind bei der **Staatssteuer** bei nachgewiesener Entwertung zulässig.

Bei der **direkten Bundessteuer** werden Abschreibungen auf Aktiven, die zum Ausgleich von Verlusten aufgewertet wurden, nur dann anerkannt, wenn die Aufwertungen handelsrechtlich zulässig waren und die Verluste im Zeitpunkt der Abschreibung verrechenbar gewesen wären (vgl. Erläuterungen zu Ziff. 6). Abschreibungen auf aufgewerteten Aktiven entfallen zuerst auf den Aufwertungsbetrag. Da die Gewinnkorrektur im Hinblick auf eine unzulässige Verlustverrechnung erfolgt, führt sie nicht zu einer versteuerten stillen Reserve. Die entsprechenden Abschreibungen sind unter Ziff. 24 der Steuererklärung aufzulisten.

Ziffer 2.1.4

Als Einlagen in die Reserven sind alle Beträge aufzuführen, die zu Lasten der Erfolgsrechnung den offenen Reserven gutgeschrieben wurden.

Ziffer 2.1.5

Verdeckte Gewinnausschüttungen sind Leistungen an die Gesellschafter, Genossenschafter oder diesen nahestehende Personen ohne entsprechende Gegenleistung. Für die Überprüfung des Verhältnisses von Leistung und Gegenleistung ist der Drittvergleich (Marktwert) massgebend. Als verdeckte Gewinnausschüttungen kommen insbesondere folgende der Erfolgsrechnung belastete Aufwendungen in Betracht:

- geschäftsmässig nicht begründete Entschädigungen (z. B. Saläre, Mietzinse, Darlehenszinsen, Provisionen, Kommissionen, Lizenzentschädigungen, Spesenvergütungen, soweit sie diejenigen Beträge übersteigen, welche unter gleichen Umständen unbeteiligten Dritten vergütet worden wären);
- Aufwendungen für private Bedürfnisse der Gesellschafter oder Genossenschafter (z.B. private Fahrzeug- und Liegenschaftskosten, Wohnungsmiete, Versicherungen, Arbeitnehmeranteile an Vorsorgebeiträgen usw.);
- Verrechnungssteuer auf Gewinnausschüttungen und gleichgestellten Leistungen der Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft.

Steuerlich ebenfalls nicht abzugsfähig sind geschäftsmässig unbegründete Zuwendungen an Dritte mit Ausnahme der zulässigen Beträge gemäss Ziff. 2.1.7.

Zu den verdeckten Gewinnausschüttungen in Form von nicht verbuchten Erträgen (Gewinnvorwegnahmen) s. Ziff. 2.2.3.

Ziffer 2.1.6

Abschreibungen auf Beteiligungen von mindestens 10 Prozent des Grund- oder Stammkapitals einer Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft sind dem steuerbaren Gewinn zuzurechnen, wenn eine nachhaltige Erholung des Wertes der Beteiligungen eingetreten ist und die seinerzeitige Abschreibung geschäftsmässig nicht mehr begründet ist.

Im Umfang der Aufrechnung ist auch eine Korrektur beim Eigenkapital vorzunehmen (Ziff. 15).

Ziffer 2.1.7

Der Erfolgsrechnung können die freiwilligen Leistungen von Geld und übrigen Vermögenswerten an den Bund und seine Anstalten, an Kantone und ihre Anstalten, an Gemeinden und ihre Anstalten und an andere juristische Personen mit Sitz in der Schweiz, die im Hinblick auf öffentliche oder ausschliesslich gemeinnützige Zwecke von der Steuerpflicht befreit sind, bis zu 20 Prozent des Reingewinns belastet werden. Darüber hinausgehende Zuwendungen sind unter Ziff. 2.1.7 aufzurechnen.

Ziffer 2.1.8

Die auf verdecktem Eigenkapital, d.h. auf jenem Teil des Fremdkapitals, dem wirtschaftlich die Bedeutung von Eigenkapital zukommt (Ziff. 16), bezahlten oder gutgeschriebenen Zinsen bilden steuerlich nicht Aufwand, sondern Bestandteil des steuerbaren Reingewinnes und sind deshalb zu deklarieren.

Ziffer 2.1.9

Nicht zum geschäftsmässig begründeten Aufwand gehören Zahlungen von Bestechungsgeldern, Aufwendungen zur Ermöglichung von Straftaten oder als Gegenleistung für die Begehung von Straftaten, Bussen sowie finanzielle Verwaltungsanktionen, soweit sie einen Strafzweck haben.

Ziffer 2.1.10

In der handelsrechtlichen Erfolgsrechnung verbuchter Steueraufwand, welcher steuerlich bereits in einer Vorperiode zum Abzug zugelassen wurde, ist in Ziffer 2.1.10 aufzurechnen (Merkblatt des kantonalen Steueramtes zur Berechnung der Rücklage für Forschungs- und Entwicklungsaufträge und der Rückstellung für Steuern vom 27.1.1999, inklusive Änderung vom 8.4.2015, Ziffer C. V. 15b; ZStB 27.1).

Ziffer 2.2.1

Geschäftsmässig nicht mehr begründete Rückstellungen sind aus steuerrechtlicher Sicht beim Wegfall der geschäftsmässigen Begründetheit erfolgswirksam aufzulösen. Soweit die entsprechenden Erträge nicht bereits im ausgewiesenen Reingewinn enthalten sind, hat deshalb eine Korrektur in der Steuererklärung zu erfolgen.

Im Umfang der Aufrechnung ist auch eine Korrektur beim Eigenkapital vorzunehmen (Ziff. 15).

Ziffer 2.2.2

Gemäss Aktienrecht (Art. 670 OR) dürfen zur Beseitigung einer Unterbilanz Grundstücke oder Beteiligungen bis zum wirklichen Wert aufgewertet werden. Der Aufwertungsbetrag ist handelsrechtlich erfolgsneutral als «Aufwertungsreserve» auszuweisen. Steuerrechtlich bilden Buchgewinne aus der Höherbewertung von Grundstücken oder Beteiligungen jedoch Bestandteil des steuerbaren Reingewinnes.

Bei der **Staatssteuer** gilt bezüglich Grundstücken, dass Buchgewinne aus der Höherbewertung von Grundstücken nur in dem Umfang der Gewinnsteuer unterliegen, als der Erwerbspreis und die wertvermehrenden Aufwendungen einschliesslich der Baukreditzinsen den Gewinnsteuerwert übersteigen (im Wesentlichen «wiedereingebrachte Abschreibungen»). Aufwertungsgewinne auf Beteiligungen sind dagegen in vollem Umfang zu deklarieren.

Bei der **direkten Bundessteuer** ist immer der gesamte Buchgewinn einzusetzen.

Ziffer 2.2.3

Unterpreisliche Leistungen an die Gesellschafter, Genossenschafter oder diesen nahestehende Personen bilden als verdeckte Gewinnausschüttungen Bestandteil des steuerbaren Reingewinnes (Gewinnvorwegnahmen). Für die Überprüfung des Verhältnisses von Leistung und Gegenleistung ist der Drittvergleich (Marktwert) massgebend. Als Gewinnvorwegnahmen fallen u.a. folgende der Erfolgsrechnung nicht gutgeschriebene Erträge in Betracht:

- Gewährung von zinslosen oder zu niedrig verzinsten Darlehen;
- unentgeltliche oder zu billige Erbringung von Dienstleistungen oder Überlassung von Vermögenswerten;
- ungenügende Entschädigung für die private Benützung von Geschäftsfahrzeugen und anderen Geschäftseinrichtungen;
- Privatanteile an Geschäftsspesen.

Die Höhe der verdeckten Gewinnausschüttung entspricht der Differenz zwischen dem gegenüber unbeteiligten Dritten erzielbaren marktmässigen Entgelt und der tatsächlich erfolgten Vergütung.

Ziffer 2.2.4

Bei einer Liquidation der Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft im Jahr 2024 bildet der steuerbare Liquidationsgewinn normalerweise bereits Bestandteil des im letzten Geschäftsjahr ausgewiesenen Reingewinnes. Sind im Geschäftsjahr 2024 indes stille Reserven unversteuert geblieben, werden sie zusammen mit dem ausgewiesenen Reingewinn des Geschäftsjahres 2024 erfasst. Der Liquidation steuerrechtlich gleichgestellt ist die Verlegung des Sitzes, der Verwaltung, von Vermögenswerten, Betrieben, Teilbetrieben oder Funktionen ins Ausland. Die Überführung einzelner Aktiven in ausländische Betriebsstätten wird wie eine Veräusserung behandelt. In beiden Fällen werden die aus nicht versteuertem Gewinn gebildeten stillen Reserven zusammen mit dem Reingewinn des letzten Geschäftsjahres besteuert. Findet daher im Jahr 2024 eine Sitzverlegung ins Ausland oder eine Überführung von Geschäftsvermögen in ausländische Betriebsstätten statt, ist die Differenz zwischen dem Verkehrswert und dem tieferen Gewinnsteuerwert zum ausgewiesenen Reingewinn hinzuzurechnen.

Vgl. im Übrigen auch die Hinweise vorne unter «Besondere Verhältnisse».

A. Reingewinn		2024	Reingewinn	Steuerwert
1	Reingewinn			
2	Abschreibungen			
3	Zinsen			
4	Steuern			
5	Verkaufserlöse			
6	Verkaufserlöse			
7	Verkaufserlöse			
8	Verkaufserlöse			
9	Verkaufserlöse			
10	Verkaufserlöse			
11	Verkaufserlöse			
12	Verkaufserlöse			
13	Verkaufserlöse			
14	Verkaufserlöse			
15	Verkaufserlöse			
16	Verkaufserlöse			
17	Verkaufserlöse			
18	Verkaufserlöse			
19	Verkaufserlöse			
20	Verkaufserlöse			
21	Verkaufserlöse			
22	Verkaufserlöse			
23	Verkaufserlöse			
24	Verkaufserlöse			
25	Verkaufserlöse			
26	Verkaufserlöse			
27	Verkaufserlöse			
28	Verkaufserlöse			
29	Verkaufserlöse			
30	Verkaufserlöse			
31	Verkaufserlöse			
32	Verkaufserlöse			
33	Verkaufserlöse			
34	Verkaufserlöse			
35	Verkaufserlöse			
36	Verkaufserlöse			
37	Verkaufserlöse			
38	Verkaufserlöse			
39	Verkaufserlöse			
40	Verkaufserlöse			
41	Verkaufserlöse			
42	Verkaufserlöse			
43	Verkaufserlöse			
44	Verkaufserlöse			
45	Verkaufserlöse			
46	Verkaufserlöse			
47	Verkaufserlöse			
48	Verkaufserlöse			
49	Verkaufserlöse			
50	Verkaufserlöse			
51	Verkaufserlöse			
52	Verkaufserlöse			
53	Verkaufserlöse			
54	Verkaufserlöse			
55	Verkaufserlöse			
56	Verkaufserlöse			
57	Verkaufserlöse			
58	Verkaufserlöse			
59	Verkaufserlöse			
60	Verkaufserlöse			
61	Verkaufserlöse			
62	Verkaufserlöse			
63	Verkaufserlöse			
64	Verkaufserlöse			
65	Verkaufserlöse			
66	Verkaufserlöse			
67	Verkaufserlöse			
68	Verkaufserlöse			
69	Verkaufserlöse			
70	Verkaufserlöse			
71	Verkaufserlöse			
72	Verkaufserlöse			
73	Verkaufserlöse			
74	Verkaufserlöse			
75	Verkaufserlöse			
76	Verkaufserlöse			
77	Verkaufserlöse			
78	Verkaufserlöse			
79	Verkaufserlöse			
80	Verkaufserlöse			
81	Verkaufserlöse			
82	Verkaufserlöse			
83	Verkaufserlöse			
84	Verkaufserlöse			
85	Verkaufserlöse			
86	Verkaufserlöse			
87	Verkaufserlöse			
88	Verkaufserlöse			
89	Verkaufserlöse			
90	Verkaufserlöse			
91	Verkaufserlöse			
92	Verkaufserlöse			
93	Verkaufserlöse			
94	Verkaufserlöse			
95	Verkaufserlöse			
96	Verkaufserlöse			
97	Verkaufserlöse			
98	Verkaufserlöse			
99	Verkaufserlöse			
100	Verkaufserlöse			

Für schweizerische Betriebsstätten ausländischer juristischer Personen erfolgt die Ausscheidung sowohl bei der Staatssteuer als auch bei der Bundessteuer objektmässig aufgrund der Jahresrechnungen der Betriebsstätten, die der Steuererklärung beizulegen sind.

Im Übrigen erfolgt die Steuerauscheidung für Geschäftsbetriebe, Betriebsstätten und Grundstücke im Verhältnis zu anderen Kantonen und zum Ausland nach den Grundsätzen des Bundesrechts zum Verbot der interkantonalen Doppelbesteuerung.

Steuerauscheidung für Betriebsstätten:

Der steuerbare Betriebsstättengewinn einer interkantonalen Unternehmung ist quotenmässig entweder aufgrund der individuellen Betriebsstättebuchhaltungen oder je nach Branche mit Hilfsfaktoren anhand des Umsatzes oder der Produktionsfaktoren zu berechnen. Für die Ausscheidung nach Hilfsfaktoren steht – insbesondere für ausserhalb des Kantons Zürich domizilierte juristische Personen – das Formular «Steuerauscheidung für juristische Personen» (Form. 520) zur Verfügung.

Kapitalausscheidung:

Im Kanton Zürich ist der Kapitalanteil steuerbar, welcher dem Verhältnis der auf den Kanton Zürich entfallenden Aktiven zu den Gesamtktiven am Ende der Steuerperiode entspricht. Dabei erhalten die einzelnen Betriebsstätten und der Sitz als lokalisierte Aktiven jene Vermögenswerte zugewiesen, die ihnen unmittelbar dienen. Mobile Konti wie flüssige Mittel, Wertschriften und Debitoren werden je nach Unternehmensart unterschiedlich zugeteilt: Bei Fabrikationsbetrieben nach Lage der lokalisierten Aktiven, bei reinen Handelsunternehmen und Immobiliengesellschaften dem Hauptsitz.

Gewinnausscheidung:

Erfolgt die Gewinnausscheidung nach Erwerbsfaktoren (z.B. bei Fabrikationsunternehmen), sind unter Ziff. III (Form. 520) neben den Kapitalfaktoren gemäss Kapitalausscheidung die mit 10 Prozent kapitalisierten Löhne sowie die mit 6 Prozent kapitalisierten Mietzinse einzusetzen. Für Handels- und Dienstleistungsunternehmen sind die Quoten in der Regel nach den in den Betriebsstätten und am Hauptsitz erzielten Umsätzen zu ermitteln (Ziff. IV Form. 520).

Für die Gewinnausscheidung unter Ziff. V (Form. 520) ist vom gesamten Reingewinn nach Verrechnung der Vorjahresverluste gemäss Ziff. 7 der Steuererklärung auszugehen. Der Bedeutung des Hauptsitzes wird durch Zuweisung eines Vorausanteils Rechnung getragen. Der im Kanton Zürich steuerbare Reingewinn bestimmt sich nach dem unter Ziff. III (Form. 520) oder IV (Form. 520) ermittelten Anteil am Restgewinn sowie dem ausgeschiedenen Vorausanteil, sofern sich die Geschäftsleitung im Kanton Zürich befindet.

Steuerauscheidung für Kapitalanlageliegenschaften:

Nach den Kollisionsnormen des Bundesgerichtes sind sowohl zürcherische Kapitalanlageliegenschaften von ausserkantonalen oder ausländischen Unternehmen ohne Betriebsstätte im Kanton Zürich (s. Ziff. VI des Form. 520) als auch ausserkantonale Kapitalanlageliegenschaften von Gesellschaften mit Sitz im Kanton Zürich nach folgenden Regeln auszuschneiden:

Miet-/Pachtzinserträge
abzüglich

- Aufwand für den Liegenschaftunterhalt inkl. Gebühren und Versicherungen
 - Abschreibungen
 - Anteil Verwaltungsaufwand (in der Regel 5 Prozent vom Bruttoertrag)
 - Anteil Schuldzinsen (verteilt im Verhältnis der Liegenschaftsaktiven zu den Gesamtktiven)
 - anteilige Kapital- und Gewinnsteuern
- = für die Steuerauscheidung massgebender Liegenschaftenerfolg.

Die Steuerauscheidung bei Änderung der für die interkantonale Steuerauscheidung massgebenden Grundlagen ist in der «Weisung des kantonalen Steueramtes betreffend Änderung der Besteuerungsgrundlagen von juristischen Personen während der Steuerperiode im interkantonalen Verhältnis» vom 8. April 2002 (ZStB 59.1) näher erläutert.

Ausscheidung bei Ermässigungen im Zusammenhang mit der Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF)

Die interkantonale Gewinnausscheidung ist in drei Stufen vorzunehmen (vgl. Kreisschreiben 34 «Interkantonale Steuerauscheidung von Gesellschaften, welche die in der STAF vorgesehenen Abzüge beanspruchen» der Schweizerischen Steuerkonferenz vom 15. Januar 2020):

1. Steuerauscheidung vor Anwendung der einzelnen STAF-Ermässigungen (Basis steuerbarer Reingewinn Inland nach Verlustverrechnung, vor Ermässigungen; Hilfsblatt STAF Ziff. 4); Formular Steuerauscheidung juristische Personen)
2. Berechnung der einzelnen STAF-Ermässigungen (Abzug für Forschungs- und Entwicklungsaufwand, Patentbox inkl. Nexusquotient, Abzug für Eigenfinanzierung, Abschreibung aus Übergangsregelung)
3. Interkantonale Ausscheidung der STAF-Ermässigungen inkl. Entlastungsbegrenzung.

A. Reingewinn		2024 bis 2025	2024	2025
1	Reingewinn nach Verlusten (inkl. Vorjahresverlusten)			
2	Abzüge			
2.1	Die Einkommensteuer, soweit nicht abzüglich			
2.1.1	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
2.1.2	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
2.1.3	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
2.1.4	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
2.1.5	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
2.1.6	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
2.1.7	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
2.1.8	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
2.1.9	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
2.1.10	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
2.2	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
2.2.1	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
2.2.2	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
2.2.3	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
2.2.4	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
2.2.5	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
2.2.6	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
2.2.7	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
2.2.8	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
2.2.9	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
2.2.10	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
3	Reingewinn nach Abzügen			
4	Abzüge			
4.1	Die Einkommensteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag)			
4.1.1	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
4.1.2	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
4.1.3	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
4.1.4	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
4.1.5	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
4.1.6	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
4.1.7	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
4.1.8	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
4.1.9	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
4.1.10	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
4.2	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
4.3	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
4.4	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
4.5	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
4.6	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
4.7	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
4.8	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
4.9	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
4.10	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
5	Reingewinn nach Abzügen			
6	Abzüge			
6.1	Die Einkommensteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag)			
6.2	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
6.3	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
6.4	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
6.5	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
6.6	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
6.7	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
6.8	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
6.9	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
6.10	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
7	Reingewinn nach Abzügen			
8	Abzüge			
8.1	Die Einkommensteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag)			
8.2	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
8.3	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
8.4	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
8.5	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
8.6	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
8.7	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
8.8	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
8.9	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
8.10	Grundsteuer (inkl. Grundsteuerzuschlag) und Steuer für die Erhaltung			
9	Reingewinn nach Abzügen			

8. Gewinnverwendung		2024 bis 2024	
12	Gewinnverwendung (siehe Beschluss der General- oder Geschäftsführerversammlung)		
12.1	Zahlung an die Gesellschafter		
12.2	Zahlung an die Mitarbeiter		
12.3	Überschuss an den Staat		
12.4	Überschuss an den Staat (Zufluss)		
12.5	Überschuss an den Staat (Abfluss)		
12.6	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.7	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.8	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.9	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.10	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.11	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.12	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.13	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.14	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.15	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.16	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.17	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.18	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.19	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.20	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.21	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.22	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.23	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.24	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.25	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.26	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.27	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.28	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.29	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.30	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.31	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.32	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.33	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.34	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.35	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.36	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.37	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.38	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.39	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.40	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.41	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.42	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.43	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.44	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.45	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.46	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.47	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.48	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.49	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.50	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.51	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.52	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.53	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.54	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.55	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.56	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.57	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.58	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.59	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.60	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.61	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.62	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.63	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.64	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.65	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.66	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.67	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.68	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.69	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.70	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.71	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.72	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.73	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.74	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.75	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.76	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.77	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.78	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.79	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.80	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.81	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.82	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.83	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.84	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.85	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.86	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.87	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.88	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.89	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.90	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.91	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.92	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.93	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.94	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.95	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.96	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.97	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.98	Überschuss an den Staat (sonstige)		
12.99	Überschuss an den Staat (sonstige)		
13	Überschuss an den Staat (sonstige)		

Bei interkantonaler Gewinnausscheidung

- a) nach einer quotenmässig indirekten Methode (Produktionsfaktoren, Umsatz oder andere Faktoren): einzelne STAF-Ermässigungen (Zusatzabzug Forschungs- und Entwicklungsaufwand, Patentbox, Abschreibung aus Übergangsregelung) sind im Verhältnis der Betriebsquoten zuzuteilen;
- b) nach einer quotenmässig direkten Methode: einzelne STAF-Ermässigungen (Zusatzabzug Forschungs- und Entwicklungsaufwand, Patentbox, Abschreibung aus Übergangsregelung) sind objektmässig zuzuteilen.

Ziffer 9

Ehemalige Statusgesellschaften (Holding-, Domizil- und gemischte Gesellschaften) haben ab dem im Kalenderjahr 2020 endenden Geschäftsjahr bis maximal zu dem im Kalenderjahr 2024 endenden Geschäftsjahr die Möglichkeit, die Sondersteuer gemäss §2 der Übergangsbestimmungen zur Änderung des Steuergesetzes (Steuervorlage 17) vom 1. April 2019 geltend zu machen. Die Höhe der geltend gemachten stillen Reserven einschliesslich des selbst geschaffenen Mehrwerts ist anhand einer anerkannten Bewertungsmethode bis 31. Dezember 2020 mitzuteilen (Mitteilung vom 4. Juni 2020 «Sondersteuer auf realisierten stillen Reserven von Holding-, Domizil- und gemischten Gesellschaften», ZStB 73.4). Die massgebende Höhe dieser stillen Reserven wird mittels Feststellungsverfügung vom kantonalen Steueramt festgesetzt. Der Sondersteuer unterliegen das ordentliche Betriebsergebnis des laufenden Jahres sowie der ausserordentliche Erfolg, soweit es sich dabei um die Realisation stiller Reserven aus der Zeit der privilegierten Besteuerung handelt. Für die Geltendmachung der Sondersteuer bei den Staats- und Gemeindesteuern ist das Beilageblatt «Hilfsblatt STAF» (Form. 541) vollständig ausgefüllt zusammen mit der Steuererklärung einzureichen.

Ziffer 11

Für Kapitalgesellschaften und Genossenschaften, die zu mindestens 10 Prozent am Grund- oder Stammkapital anderer Gesellschaften beteiligt sind oder deren Beteiligung an solchem Kapital einen Verkehrswert von mindestens einer Million Franken aufweist, ermässigt sich die Gewinnsteuer sowohl bei der Staatssteuer als auch bei der direkten Bundessteuer im Verhältnis des Nettoertrages aus diesen Beteiligungen zum gesamten ordentlich steuerbaren Reingewinn. Zum Beteiligungsertrag gehören auch Kapitalgewinne auf Beteiligungen sowie die Erlöse aus dazugehörigen Bezugsrechten, soweit der Veräusserungserlös die Gestehungskosten übersteigt, die verkaufte Beteiligung mindestens 10 Prozent des Grund- oder Stammkapitals der anderen Gesellschaft ausmacht und als solche während mindestens eines Jahres im Besitze der Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft war. Für die Geltendmachung des Beteiligungsabzuges bei der direkten Bundessteuer ist das Beilageblatt «Angaben über Beteiligungen nach Art. 69 und 70 DBG» (Form. 19) bzw. bei der Staatssteuer das Formular zum Beteiligungsabzug «Berechnung der prozentualen Ermässigung der Steuer vom Reingewinn (§§ 72 und 72a StG)» (Form. 551) vollständig ausgefüllt zusammen mit der Steuererklärung einzureichen. Der Beteiligungsabzug wird nicht von Amtes wegen gewährt. Detaillierte Erläuterungen mit Beispielen sind auch den von der Eidgenössischen Steuerverwaltung herausgegebenen «Kreisschreiben Nr. 27, Steuerermässigung auf Beteiligungserträgen von Kapitalgesellschaften und Genossenschaften» vom 17. Dezember 2009 und «Kreisschreiben Nr. 5a, Umstrukturierungen» vom 1. Februar 2022 (Beteiligungsabzug im Zusammenhang mit der Übertragung von Beteiligungen auf ausländische Konzerngesellschaften) zu entnehmen. Für die Staatssteuer wird auf das Merkblatt Beteiligungen verwiesen.

Zu B. Gewinnverwendung

Ziffer 12

Da sich die Angaben zum Kapital und zu den Reserven auf den Stichtag der Schlussbilanz nach Gewinnverwendung beziehen, bildet die Gewinnverteilung als Bindeglied zwischen Reingewinn und Eigenkapital einen wichtigen Bestandteil der korrekt ausgefüllten Steuererklärung. Massgebend ist die Gewinnverwendung gemäss Beschluss der ordentlichen General- oder Gesellschafterversammlung. Das Total unter Ziff. 12.3 entspricht dem Bilanzgewinn resp. Bilanzverlust gemäss Jahresrechnung vor Gewinnverwendung.

Ziffer 23

Bei teilweiser Steuerpflicht zufolge internationaler oder interkantonaler Steuerauscheidung ist das steuerlich massgebende Eigenkapital aufgrund der Gewinnsteuerwerte der Aktiven und nach deren Lage am Ende der Steuerperiode aufzuteilen. Für die Steuerauscheidung kann das Formular «Steuerauscheidung für juristische Personen» (s. dazu Ziff. 8) oder ein separates Steuerauscheidungsblatt verwendet werden.

Besondere Fragen zur Kapitalausscheidung bei Änderung der für die interkantonale Steuerauscheidung massgebenden Grundlagen werden in der «Weisung des kantonalen Steueramtes betreffend Änderung der Besteuerungsgrundlagen von juristischen Personen während der Steuerperiode» vom 8. April 2002 (ZStB 59.1) behandelt.

Zu D. Weitere Angaben

Ziffer 24

Wurden in früheren Jahren Aktiven (Liegenschaften, Beteiligungen, Maschinen, immaterielle Werte usw.) aufgewertet und bestehen diese Aufwertungen per 1.1.2024 bzw. zu Beginn des Geschäftsjahres 2023/2024 noch ganz oder teilweise, sind sowohl die Abschreibungen, die im Geschäftsjahr 2024 bzw. 2023/2024 auf den aufgewerteten Aktiven verbucht wurden, als auch der Aufwertungsbeitrag anzugeben.

Ziffer 25

Sofern sich die Gestehungskosten von massgeblichen Beteiligungen gemäss § 72a StG im Bemessungsjahr verändert haben, ist das Formular «Nachweis der für die Staatssteuer massgeblichen Veränderungen der Gestehungskosten von Beteiligungen» (Form. 570) auszufüllen und der Steuererklärung beizulegen.

Beilagen

Jede Gesellschaft hat mit der Steuererklärung unterzeichnete Ausfertigungen der Beschlüsse ihrer General- bzw. Gesellschafterversammlung über die Abnahme von Jahresbericht und Jahresrechnung, die gedruckten Jahresberichte und Jahresrechnungen oder, wo keine solchen vorhanden sind, eine mit Unterschrift versehene Abschrift der Bilanz (für Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung einschliesslich Anhang gemäss Art. 959c OR) und der Erfolgsrechnung des im Kalenderjahr 2024 abgeschlossenen Geschäftsjahres einzureichen.

Ergänzende Formulare

Auf die Pflicht zur Einreichung folgender ergänzender Formulare ist in den Erläuterungen der einzelnen Ziff. der Steuererklärung hingewiesen worden.

- «Aufstellung über Abschreibungen und Aufstellung über Rückstellungen/Wertberichtigungen» (Form. 530): Ziff. 2.1.1 und 2.1.2;
- «Auszug aus der Erfolgsrechnung/Angaben über die Bewertung der Vorräte» (Form. 531): Ziff. 2.1.2;
- «Steuerauscheidung für juristische Personen» (Form. 520): Ziff. 8 und 21;
- «Angaben über Beteiligungen nach Art. 69 und 70 DBG» (Form. 19): Ziff. 10;
- «Hilfsblatt STAF», (Form. 541)
- Formular A: «Zusätzlicher Abzug für Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen» (Form. 542)
- Formular B: «Patentbox – patentbezogener bzw. produktbezogener Ansatz» (Form. 543)
- Formular C: «Abzug für Eigenfinanzierung» (Form. 544)
- Formular D: «Übergangsregelung Steuerstatusverlust» (Form. 545)
- Formular E: «Ermässigung steuerbares Eigenkapital» (Form. 546)
- «Beteiligungsabzug / Berechnung der prozentualen Ermässigung der Steuer vom Reingewinn (§§ 72 und 72a StG)» (Form. 551): Ziff. 10;
- «Nachweis der für die Staatssteuer massgeblichen Veränderungen der Gestehungskosten von Beteiligungen gemäss § 72a StG» (Form. 570)

Fehlende Formulare können beim Kanton Zürich, Finanzdirektion, Steueramt, Register, Bändliweg 21, 8090 Zürich oder unter www.zh.ch/steuern (Unternehmen/Steuererklärung für Unternehmen) bezogen werden.

Bezüge von Verwaltungsräten und Organen der Geschäftsführung

Der Steuererklärung 2024 sind die «Bescheinigung über Bezüge von Mitgliedern der Verwaltung und Organen der Geschäftsführung» (Form. 12) sowie die entsprechenden Lohnausweise (Form. 11) beizulegen.

Gesellschaften mit Liegenschaftenbesitz

Gesellschaften oder Genossenschaften, ausgenommen juristische Personen im Konzernverbund, sind gebeten, mit dem Formular «Verzeichnis der Liegenschaften» (Form. 535) Auskunft über ihren Liegenschaftenbesitz zu geben.

Nach § 221 Abs. 2 StG können juristische Personen, welche mit Liegenschaften handeln, bei der Grundstückgewinnsteuer bestimmte mit der Liegenschaft zusammenhängende Aufwendungen geltend machen, soweit sie auf deren Berücksichtigung bei der Gewinnsteuer ausdrücklich verzichtet haben. Der Nachweis dieses Verzichts setzt voraus, dass zusammen mit der Steuererklärung für die Gewinnsteuer eine detaillierte Aufstellung für jede Liegenschaft mit ausdrücklicher Bezeichnung der Aufwendungen, welche bei der Gewinnsteuer aktiviert oder auf andere Weise nicht geltend gemacht werden, sowie allfälliger Abschreibungen beigelegt wird (vgl. «Weisung der Finanzdirektion über die Koordination von Einkommens- bzw. Gewinnsteuereinschätzungen und Grundsteuereinschätzungen für Liegenschaften des Geschäftsvermögens und von juristischen Personen» ZStB 221.1).

Folgen der Nichteinreichung einer Steuererklärung

Steuerpflichtige, welche die Steuererklärung trotz Mahnung nicht einreichen, werden nach pflichtgemäßem Ermessen eingeschätzt. Eine Einschätzung nach pflichtgemäßem Ermessen können die Steuerpflichtigen nur wegen offensichtlicher Unrichtigkeit anfechten. Ermessenseinschätzung

Die Steuerpflichtigen können ausserdem wegen Verletzung von Verfahrenspflichten mit einer Busse belegt werden. Busse

Straffolgen bei Widerhandlungen


Steuerpflichtige, welche einer Pflicht, die ihnen nach den Bestimmungen des Steuergesetzes (StG, DBG) oder einer aufgrund des Gesetzes getroffenen Anordnung obliegt, trotz Mahnung vorsätzlich oder fahrlässig nicht nachkommen, werden mit Busse bis zu CHF 1'000, in schweren Fällen oder im Wiederholungsfall bis zu CHF 10'000 bestraft. Verletzung von Verfahrenspflichten

Steuerpflichtige, die vorsätzlich oder fahrlässig bewirken, dass eine Einschätzung resp. Veranlagung zu Unrecht unterbleibt oder dass eine rechtskräftige Einschätzung resp. Veranlagung unvollständig ist, haben nebst der Nachsteuer eine Busse bis zum dreifachen Betrag der hinterzogenen Steuer zu bezahlen. Bei Selbstanzeige wird die Busse auf einen Fünftel der hinterzogenen Steuer ermässigt. Bei versuchter Steuerhinterziehung beträgt die Busse zwei Drittel des Betrags, der bei vorsätzlicher und vollendeter Steuerhinterziehung als Busse festzusetzen wäre. Steuerhinterziehung

Wer vorsätzlich zu einer Steuerhinterziehung anstiftet, Hilfe leistet oder als Vertreter der Steuerpflichtigen eine Steuerhinterziehung bewirkt oder an einer solchen mitwirkt, wird ohne Rücksicht auf die Strafbarkeit der Steuerpflichtigen mit einer Busse bis zu CHF 50'000 bestraft und haftet überdies solidarisch für die Nachsteuer bis zum Betrag der hinterzogenen Steuer.

Werden zum Zwecke einer vollendeten oder versuchten Steuerhinterziehung gefälschte, verfälschte oder inhaltlich unwahre Urkunden wie Geschäftsbücher, Bilanzen, Erfolgsrechnungen oder Bescheinigungen Dritter zur Täuschung gebraucht, ist überdies eine gerichtliche Bestrafung mit Gefängnis oder Busse bis zu CHF 30'000 möglich. Steuerbetrug


Berechnung der Gewinn- und Kapitalsteuer

 Die ordentliche Gewinnsteuer für Kapitalgesellschaften beträgt 7 Prozent des steuerbaren Reingewinns. Staatssteuer

Die Sondersteuer beträgt 0,5% der realisierten stillen Reserven.

Die Kapitalsteuer beträgt für alle juristischen Personen 0,75 Promille des steuerbaren Eigenkapitals.

Die so ermittelte einfache Staatssteuer wird mit dem Staatssteuerfuss und dem jeweiligen Gemeindesteuerfuss für juristische Personen multipliziert.

 Die Gewinnsteuer der Kapitalgesellschaften und Genossenschaften beträgt 8,5 Prozent des Reingewinns. Direkte Bundessteuer

Bei der direkten Bundessteuer wird keine Kapitalsteuer erhoben.

Weitere Informationen und Auskünfte

Für weitere Fragen bezüglich Steuerpflicht und Steuererklärung sowie für den Bezug von Formularen und ergänzenden Unterlagen steht das kantonale Steueramt, Register, unter der Telefonnummer 043 259 50 10 oder via Kontaktformular unter www.zh.ch/steuern zur Verfügung. Weitere Informationen zur Steuererklärung und zum Formularbezug

Das Veranlagungsverfahren wird von den Einschätzungsdiensten des kantonalen Steueramtes durchgeführt. Die Veranlagungsbehörde ist ausnahmsweise bereit, Anfragen und Gesuche um Vorentscheide zu behandeln. Anfragen können dabei nur beantwortet werden, wenn sie sich auf konkrete Steuerpflichtige beziehen und der Sachverhalt umfassend dargestellt wird. Die Anforderungen sind festgehalten im «Merkblatt des kantonalen Steueramtes betreffend Begehren um amtliche Auskünfte und Vorbescheide» vom 13. Oktober 2008 (ZStB 106.2). Auskünfte bei den Einschätzungsdiensten des kantonalen Steueramtes

